

# Deutschland hat Zukunft | OnlineKongress Steuerpolitik – gerecht, für Wachstum und Chancen

---

**Montag, 13.09.2021 um 09:00 Uhr**

hbw | Haus der Bayerischen Wirtschaft, Europasaal  
Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

---

## Begrüßung

---

**Bertram Brossardt**

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herzlich willkommen zu unserem

OnlineKongress. Wir senden heute live aus dem Haus der Bayerischen Wirtschaft in München.

Es sind noch 13 Tage bis zur Bundestagswahl.

Eines der wichtigsten Themen ist dabei, wie die Weichen in der Steuerpolitik gestellt werden.

Genügend Anlass also, dass wir heute mit Abgeordneten unterschiedlicher Parteien darüber diskutieren, was in der nächsten Legislaturperiode steuerpolitisch auf uns zukommt.

Für uns als Bayerische Wirtschaft ist dabei klar: Ziel der deutschen Steuerpolitik muss es sein, durch signifikante Entlastungen

Wachstumsimpulse zu geben. Denn nur so können wir die Investitionen auslösen, die unser Land so dringend braucht, um die großen Zukunftsherausforderungen zu stemmen.

Neben der Pandemiebewältigung sind hier insbesondere die Digitalisierung und die Dekarbonisierung zu nennen. Allein die CO<sub>2</sub>-Minderung wird Deutschland bis 2050 zusätzliche Mittel im Billionen-Euro-Bereich kosten. Es gilt also, mitten im Umbruch einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch zu organisieren – denn davon hängt der künftige Wohlstand unsers Landes ab.

Was also ist steuerpolitisch zu tun, damit uns nach Corona ein erfolgreicher ökonomischer Re-Start gelingen kann? An welchen Stellschrauben müssen wir drehen, um die Unternehmen in Deutschland bei der digitalen und der ökologischen Transformation bestmöglich zu unterstützen und ihre Wachstumskräfte zu entfesseln?

Als Bayerische Wirtschaft haben wir diese Fragen in unserem Deutschlandplan

beantwortet. Sieben Punkte aus diesem Wahlprogramm will ich kurz anreißen.

Erstens: Wir müssen die Unternehmenssteuern auf 25 Prozent senken.

Deutschland ist ein Hochsteuerland! Bei den Unternehmenssteuern sind wir schon jetzt trauriger Vize-Europameister. Das darf nicht so bleiben, wenn wir im internationalen Wettbewerb bestehen wollen!

Hinzu kommt: Wer als Unternehmen viel Steuern zahlt, kann weniger in die Zukunft investieren. Doch genau diese Investitionen – ich habe es schon angesprochen – brauchen wir dringender denn je.

An vorderster Stelle muss es deshalb stehen, die Unternehmenssteuern rechtsformneutral auf 25 Prozent zu senken.

Damit bin ich bei meinem zweiten Punkt: Wir müssen den Solidaritätszuschlag abschaffen.

Der Soli passt nicht mehr in die Zeit und bestraft die Leistungsträger der Gesellschaft. Für viele Unternehmen ist er ein Klotz am Bein. In der Körperschaftssteuer trifft der Solidaritätszuschlag selbst kleine Kapitalgesellschaften. Deshalb fordern wir: Der Soli muss endlich weg – und zwar vollständig!

Drittens: Wir müssen Sofort- und Sonderabschreibungen für Digitalisierung und Klimaschutz ermöglichen.

Unternehmerische Investitionen in diesen so wichtigen Bereichen müssen erleichtert werden, damit wir bei der ökonomischen und der ökologischen Transformation schneller und effizienter vorankommen.

Zudem müssen wir die Stromsteuer von über 2 Cent auf 0,1 Cent pro Kilowattstunde reduzieren.

Viertens ist es notwendig, die Finanzierungsmöglichkeiten am Kapitalmarkt zu erleichtern.

Bestehende Barrieren, die den Unternehmen hier Chancen rauben, müssen verschwinden. Ich denke unter anderem an die steuerliche Belastung von Fremdkapitalkosten durch die Hinzurechnung in der Gewerbesteuer. Das sollte die Politik den Firmen im Land gerade jetzt ersparen!

Aber auch andere Hemmschuhe – etwa in der Zinsschranke – gehören auf den Prüfstand. Zudem muss der Verlustrücktrag ausgeweitet werden. Und auch der Einsatz von Wagniskapital muss in Deutschland einfacher werden.

Fünftens geht es darum, die öffentlichen Haushalte im durchaus flexiblen Rahmen der Schuldenbremse stabil zu halten.

Zugleich müssen die öffentlichen Investitionen – insbesondere auch auf kommunaler Ebene –

weiter ausgebaut werden. Denn Standortschwächen, wie etwa schlechte öffentliche Infrastrukturen, können Unternehmen nicht ausgleichen. Spielräume gewinnen wir im Ernstfall durch eine angepasste, aber nicht weniger konsequente „Schuldenbremse Plus“.

Sechstens, ist der Staat dazu aufgerufen, die Steuerbürokratie durch digitale Verfahren weiter abzubauen.

Hier hat sich in den letzten Jahren zwar schon viel zum Positiven verändert. Wir müssen papierlose und automatisierte Verfahren jetzt aber weiter voranbringen und auf zusätzlichen Feldern verankern. Ich denke da unter anderem an die Gewerbe- und die Kirchensteuer.

Siebtens, und das ist mein letzter und wichtigster Punkt: Deutschland kann sich weder Steuererhöhungen noch neue Steuern leisten.

Zusätzliche Steuerbelastungen würden die wirtschaftliche Erholung in unserem Land abrupt ausbremsen und Investitionen verhindern. Deshalb ist eine Vermögensteuer, die allgemeine Wohlstandsverluste zur Folge hätte, ebenso kontraproduktiv wie eine höhere Erbschaftsteuer. Wir wehren uns auch gegen eine Finanztransaktionsteuer und neue EU-Steuern. Das bringt uns nicht weiter.

Die Befürworter neuer und höherer Steuern argumentieren ja hartnäckig, dass die Corona-Rechnung irgendwann bezahlt werden muss. Aus diesem Grund führe an zusätzlichen oder höheren Steuern angeblich kein Weg vorbei.

Diese These wurde aber nicht zu Ende gedacht.

Ich erinnere an das goldene Konjunkturjahrzehnt vor der Pandemie: Jahr für Jahr hat das Bundesfinanzministerium in dieser Zeit neue Rekorde bei den Steuereinnahmen vermeldet. Die Rekord-Serie ist aber mitnichten



auf Steuererhöhungen zurückzuführen. Sie wurde nur deshalb möglich, weil die Wirtschaft brummte und davon naturgemäß auch der Staat profitiert. Genau dieses Wirkungsverhältnis gilt es in der zukünftigen Steuerpolitik stärker zu beachten!

Meine Damen und Herren,

als Bayerische Wirtschaft sind wir überzeugt: Wir dürfen die Unternehmen in unserem Land nach der Krise nicht mit neuen Steuerstricken fesseln, wir müssen die Wirtschaft vielmehr entfesseln! Denn das kommt dem ganzen Land und letztlich uns allen zugute.

Wenn wir erfolgreich aus der Krise kommen und unsere führende Stellung in der Welt behaupten wollen, müssen wir jetzt die Wachstumskräfte der Sozialen Marktwirtschaft wecken und stärken. Darauf kommt es in den nächsten Jahren mehr denn je an!

In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich jetzt auf die Diskussion mit den Abgeordneten hier auf dem Podium.